

Medienmitteilung

Ruggell, 2. Dezember 2016

Sperrfrist bis 2. Dezember 2016, 10.30 Uhr

Knacknuss Wachstum und Zuwanderung

Die Stiftung Zukunft.li veröffentlicht eine Publikation zum Wachstumspotenzial von Liechtenstein in Abhängigkeit von verschiedenen Niederlassungsszenarien. Darin spricht sich die Stiftung für eine Beibehaltung der geltenden Sonderregelung über die Zuwanderung aus. Zugleich empfiehlt sie eine Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf das Bruttonationaleinkommen pro Kopf sowie Massnahmen zur Steigerung der Produktivität.

Das Modell «Wohnen in der Schweiz – arbeiten in Liechtenstein» schien durch die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz in Gefahr zu geraten. Mit Besorgnis wurde in Liechtenstein das Abstimmungsergebnis aufgenommen, das Diskussionen über die liechtensteinische Sonderregelung zur Zuwanderung auslöste. Als einziges EWR-Mitglied verfügt Liechtenstein nämlich über ein Modell, welches eine Begrenzung der Zuwanderung erlaubt. Der Fächer der Diskussionen reicht von einer Beibehaltung der Sonderregelung über eine «sanfte» Öffnung bis hin zur Einführung der Personenfreizügigkeit. Die dabei herrschenden grossen Ungewissheiten waren Anlass für die Stiftung Zukunft.li, das politisch hochsensible Thema «Zuwanderung» und die Auswirkungen auf das Wachstumspotenzial von Liechtenstein unvoreingenommen und vertieft zu analysieren.

Die verlorene Wachstumsdynamik in Liechtenstein

Liechtenstein hat die Chancen eines Kleinstaates hervorragend genutzt und ist zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt geworden. Allerdings ist die Kleinheit auch mit Risiken verbunden. Seit dem Jahr 2000 sieht sich Liechtenstein mit einer stark nachlassenden Wachstumsdynamik konfrontiert. Dabei ist das wirtschaftliche Wachstum von einem Anstieg der Beschäftigung aufgrund einer steigenden Anzahl an Zupendlern und einer Abnahme der Produktivität geprägt. Das starke Wachstum der Grenzgänger hat dazu geführt, dass in Liechtenstein die Anzahl Beschäftigter beinahe gleich gross ist wie die Anzahl Einwohner.

BNE pro Kopf als Zielgrösse der Wirtschaftspolitik

Liechtenstein ist in vielen Bereichen ein Sonderfall, auch bei der grossen Differenz zwischen dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und dem Bruttonationaleinkommen (BNE). Das BIP ist in Liechtenstein nämlich wesentlich höher als das BNE, weil das Einkommen der Grenzgänger im BIP enthalten ist, nicht aber im BNE. Aus Sicht der Bevölkerung ist die wirtschaftliche Entwicklung schlechter als die BIP-Entwicklung vermuten lässt. Für den Lebensstandard eines Landes sind eben die Einkommen der Einwohner dieses Landes entscheidend. Deshalb ist das BNE pro Kopf beim

Sonderfall Liechtenstein nach Ansicht der Stiftung Zukunft.li die richtige Zielgrösse für die Wirtschaftspolitik.

Zuwanderungsdruck von Grenzgängern

Obwohl die liechtensteinische Volkswirtschaft von Zupendlern abhängig ist, wusste man bisher kaum etwas über ihr Mobilitätsverhalten, ihre Wohnpräferenzen und die entsprechenden Gründe. Eine vom Liechtenstein-Institut im Auftrag von Zukunft.li durchgeführte Grenzgänger-Befragung ergab, dass rund 45% der Zupendler dazu tendieren, in Liechtenstein Wohnsitz zu nehmen, wenn sie frei wählen könnten. Inklusive Familiennachzug würde das zu einer theoretischen Bevölkerungszunahme von 25'000 bis 30'000 Personen führen.

Empfehlung pro Sonderregelung

Aufbauend auf die Grenzgänger-Befragung hat die Stiftung Zukunft.li beim Forschungsinstitut INFRAS in Zürich eine Analyse der volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer Liberalisierung der Zuwanderungspolitik in Auftrag gegeben. Dabei resultierte in keinem der untersuchten Öffnungsszenarien eine Erhöhung des BNE pro Kopf. Der Preis für den ungehinderten Zugang zum internationalen Arbeitsmarkt ist aber nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus ökologischer, finanzpolitischer und gesellschaftlicher Perspektive hoch. Aufgrund der Erkenntnisse aus Experteninterviews und der daraus folgenden Annahme, dass eine «sanfte» Erweiterung der Sonderlösung nicht zu haben ist, spricht vieles dafür, den eigenen Gestaltungsspielraum über die Begrenzung der Zuwanderung nicht aus der Hand zu geben.

Wirtschaftspolitik bleibt gefordert

Allerdings bleibt die Wirtschaftspolitik auch mit der Beibehaltung der Sonderlösung bzw. aufgrund der Sonderlösung gefordert. Dabei gilt es, den Fokus verstärkt auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität und auf die bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitspotenzials zu richten.

Zudem ist der sorgfältige Umgang mit knappen Ressourcen für einen Kleinstaat wie Liechtenstein für die Lebensqualität von entscheidender Bedeutung. Die Regierung tut gut daran, der Raumplanung, der Bodenpolitik und der Verkehrsinfrastruktur besonderes Augenmerk zu schenken.

Peter Eisenhut, Präsident des Stiftungsrates
Thomas Lorenz, Geschäftsführer

Kontakt



Thomas Lorenz, Geschäftsführer Stiftung Zukunft.li

Telefon +423 390 00 15

E-Mail thomas.lorenz@stiftungzukunft.li

Online-Informationen unter www.stiftungzukunft.li

Detaillierte Informationen zur Grundlagenstudie und zur Grenzgängerbefragung finden Sie auf www.stiftungzukunft.li

Zukunft.li

Die Stiftung Zukunft.li engagiert sich als liberaler Think-Tank für die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwicklung des Standorts Liechtenstein. Die 2014 gegründete Organisation ist unabhängig und transparent, sie finanziert sich aus Stiftungs- und Förderbeiträgen.